

Beitragssatzung soll bleiben

Achimer Finanzausschuss verwirft andere Alternativen zur Finanzierung von Straßenausbau

Von Lisa Duncan

ACHIM ■ Ohne Gegenstimme sprach sich der Ausschuss für Organisation, Finanzen und Personal am Mittwochabend dafür aus, eine Straßenausbaubeitragssatzung zur Finanzierung von Straßensanierungen beizubehalten. Im Vorfeld dieser Beschlussempfehlung hatte Verwaltungsmitarbeiterin Thea Mühe in der Sitzung zwei Alternativen vorgestellt, die die Mitglieder des Gremiums allerdings als realitätsfern verworfen.

Vorschlag a), den Straßenausbau stattdessen über eine Erhöhung der Grundsteuer zu finanzieren, und Vorschlag b), wiederkehrende Beiträge (WKB) zu erheben, fielen gleichermaßen durch.

Begründung: Die Umlage über die Grundsteuer zu machen, sei vor dem Hintergrund eines noch ausstehenden Urteils des Bundesverfassungsgerichts nicht berechenbar, fand Jürgen Kenning (Grüne). „Was die wiederkehrenden Beiträge be-

trifft, glaube ich nicht, dass die Bürger das verstehen würden.“ Die Berechnung gilt laut Verwaltung als kompliziert und bürokratisch. Im Ergebnis könne der Fall eintreten, dass Bürger zahlen, ohne zu erleben, dass ihre eigene Straße „dran“ ist. „Das ist schwer vermittelbar.“ Dieser Ansicht waren auch Wolfgang Heckel, Chef der WGA und Werner Meinken (SPD).

Auch rein rechtlich sei die Finanzierung des Straßenausbaus über Steuergelder eine

wackelige Sache, stellte SPD-Ratsfrau Cathleen Drewes fest: „Eine Steuer ist grundsätzlich nicht zweckgebunden. Das ist wie bei den Rundfunkbeiträgen. Wenn ich eine Gegenleistung erhalte, ist es keine Steuer mehr.“

Einer Neufassung der Satzung stimmte das Gremium zu. FDP-Fraktionschef Hans Jakob Baum, der sich schon mehrfach dafür ausgesprochen hatte, den Straßenausbau über die Grundsteuer zu finanzieren, enthielt sich.